

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Abonnementspreis

Bestellen bei allen Buchhandlungen, Verlagsstellen, Postämtern, Zeitungsverkäufern, Buch- und Papierhandlungen, sowie bei den Verlegern. Preis für den Abonnenten 1 Mark 20 Pf. für den Einzelkäufer 15 Pf. pro Quartal. Einmalige Bezahlung. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitung an den eigentlichen Empfänger zu liefern. Bei Nichtlieferung ist der Abonnent zu befragen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Briefen und Geldern.

Redaktion

Spingerstraße 21, 2. Etz.
Dresden
Telefon: 1111
Telegraph: 1111

Nr. 181.

Dresden, Mittwoch den 7. August 1907.

18. Jahrg.

Inserate
Werben die 6 geliebte Vertheilung
über deren Raum mit 25 Pf. be-
rechnet und bei unbedeutender Anzahl
Werbungsstellen nach Bedarf geschätzt.
Werbungsstellen 20 Pf. pro Zeile
müssen bei jeder Bestellung 10 Pf. im
Voraus in der Expedition abgeben sein
und sind im Voraus zu bezahlen.
Expedition:
Spingerstraße 21, post.
Geschäftszeit von morgens 8 Uhr
abends 7 Uhr.
Telefon: Nr. 1109.
Erhalten täglich mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Budgetbewilligung in Württemberg.

Die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag hat jüngst bei der Schlussabstimmung über den Gesamtbudget eine ablehnende Haltung eingenommen. Diese Zustimmung ist von einigen gegnerischen Wählern bestritten worden; die Frankf. Ztg. 3. 8. sieht darin ein Anzeichen einer nach ihrer Ansicht vernünftigeren Haltung, während die konservative Kreuzzeitung meint: „Die Stuttgarter Abstimmung erklärt sich einfach als ein taktisches Manöver, dazu bestimmt, parlamentarische und unbestimmte Mißverständnisse über die revolutionären Tendenzen der Partei zu klären und die Demokraten der im Reich geplanten Reichspolitik, die sich ja in erster Linie gegen die Sozialdemokratie richten soll, ablenken zu machen.“ Auch einige Parteimitglieder haben sich mit dem Vorgang beschäftigt, sie brachten die Korrespondenz eines Stuttgarter Genossen, der die bezeichnete Abstimmung als einen Ausnahmefall erklärt und zur Fortsetzung derselben Taktik warnt. Der Vorwärts machte zwei Artikel eines Mitgliedes der württembergischen Landtagsfraktion, in denen die Tätigkeit der Fraktion gelobt und die Abstimmung als den besonderen politischen Verhältnissen Württembergs erklärlich wird. Der Vorwärts bespricht dann in mehreren Beilagen die Angelegenheit und gelangt zur Mißbilligung des württembergischen Landtags.

Die Stellung zu den einzelstaatlichen Budgets hat unsere Partei wiederholt bekräftigt und die Vorträge in Frankfurt a. M. 1894 und im März 1901 haben Beschlüsse darüber gefaßt. Die Debatten in Frankfurt waren veranlaßt durch die damalige Zustimmung der bayrischen Landtagsfraktion zum Etat, die in Lübeck durch die Zustimmung der württembergischen Landtagsfraktion im Landtag von Baden. In beiden Einzelstaaten ist dann in den folgenden Jahren auf Grund der auf den Parteitagen laut gewordenen Kritik und der gefassten Beschlüsse ein ablehnendes Votum abgegeben worden. Jetzt hat nun die württembergische Fraktion die bestrittene Frage wieder aufgeworfen.

Dem Landtag in Lübeck lagen mehrere Resolutionen zu der Sache vor. Die Resolution Luxemburg wollte zur Ablehnung des Budgets ohne jede Einschränkung verpflichten. Die Resolution Weibull gegen für für besondere Fälle Ausnahmen zu. Sie lautet:

„In Ermüdung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaats tragen und der Arbeiterklasse die volle Wahlberechtigung nicht einzuräumen, sondern in ihrem Willen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftsgewalt zu dienen.“

Der Antrag der Fraktion, die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundgedanken des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normaler Weise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

Ein Antrag Singer verlangte die Streichung des letzten Absatzes der Resolution, wollte also Ausnahmen von der Regel möglichst überlassen. Die Resolution Luxemburg wurde dann zurückgezogen, der Antrag Singer wurde abgelehnt, die Resolution Weibull in ihren Teilen wurde angenommen. Es sei noch erinnert, daß damals Weibull in der ersten Fassung seiner Resolution die Württemberger den Konsumenten als gutes Beispiel hinstellen konnte, während jetzt die Württemberger es sind, die sich zu der von der Regel abweichenden Zustimmung entschließen haben.

Die württembergische Landtagsfraktion hat natürlich, ehe sie ihre Zustimmung zum Budget gab, die Prüfung nicht vergessen, ob sie damit nicht etwas gegen den Parteitagbeschlusse verstoße. Offenbar sind also die Genossen in Stuttgart der Ansicht, daß „besondere Verhältnisse“ vorliegen, die sie zur ausnahmsweisen Zustimmung zum Budget nötigen. Meinungsverschiedenheiten können aber darüber bestehen, ob die Notwendigkeit zur Zustimmung wirklich so stark war, wie die Zustimmung selbst meinen, und der Vorwärts, wie wir schon be- merkten, ist der Ansicht, daß ein zwingender Anlaß nicht vorlag; wobei zu erwähnen ist, daß der Vorwärts sich auf den in Lübeck abgelehnten Antrag Singer stellt und Ausnahmen so gut wie gar nicht anerkennt will.

Welche Gründe haben nun die Württemberger geleitet? Um diese Gründe zu erkennen, wollen wir kurz der Darstellung des Stuttgarter Parteitagbeschlusses des Vorwärts folgen. Zum ersten Male tagt in Württemberg die „eine Volkstammer“. Durch das neue Wahlrecht sind die einzigen Privilegierten, die Vertreter des Adels und der Kirche, beseitigt worden; das Wahlrecht ist wie das Reichstagswahlrecht, durch Proportionalwahl verbessert. Reaktionen Versuche, die Konsumvereine zu belästigen, wurden abgelehnt und auch die Regierung sprach sich gegen die Belästigung dieser berechtigten Vereine aus. Auch die weitere Ausgestaltung der Gewerbeinspektion wurde von der Regierung zugestanden und unsere Genossen konnten den bisherigen Leistungen der Gewerbeinspektion ihre Anerkennung nicht verweigern. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Schutz der einzelstaatlichen Arbeiter gegen Verdrängung ausländischer Konkurrenz bei Staatsarbeiten fand Annahme. Für die Reform der Volksschule konnten die ersten Schritte getan werden. Es gelangte ein auf sozialdemokratischer Anregung beruhendes

Antrag zur Annahme, wonach künftig zum Eisenbahnbau auch Vertreter der Arbeiter zugezogen werden sollen. Aus allen diesen Mitteilungen geht hervor, daß die Position der Sozialdemokratie sowohl bei den Parteien wie der Regierung gegenüber im neuen Landtage eine recht günstige ist.“

Aber — so führt der Stuttgarter Mitarbeiter des Vorwärts weiter aus — auch die Stellung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie unterschied sich von derjenigen in anderen Bundesstaaten recht erheblich. Der Justizminister erklärte, daß er den Arbeiterstand auch zur Ausübung des Richteramtes als Geschworene herangezogen wissen wolle und daß er in der sozialdemokratischen Befassung eines zum Geschworenen vorgeschlagenen keinen Grund für seine Ablehnung erblicke. Auch politische Toleranz gegenüber den Vereinigungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter wurde zugeklagt. Die Verbesserung der Gehälter für die Beamten und Staatsarbeiter wurde durch das Drängen der Sozialdemokratie erreicht. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist frei und sicher vor Drangsalierungen der Polizei und Justiz, wie ja auch die Vorbereitungen für den internationalen Kongress ohne Störung vor sich gehen konnten. Aus all diesen Gründen sei die Fraktion zum Beschluß der Zustimmung gelangt. Der Beschluß bedeute keine Schwächung in grundsätzlicher Beziehung und solle keineswegs eine Festlegung für die Zukunft in sich schließen.

Es entsteht nun die Frage, ob diese Begründung in hinreichendem Maße besonders, zwingende Gründe aufweist, wie sie der Lübecker Parteitagbeschlusse fordert. Weibel hat in Lübeck dargelegt, welche Verhältnisse er als Ausnahmefälle ansieht, die die Zustimmung zum Gesamtbudget gestatten sollen. Er wies auf den Fall hin, daß durch unsere Zustimmung eine die Steuerzahler mehr belastende Gestaltung des Etats verhindert werden könne, wie es in Hessen geschehen sei; ferner auf den Fall, mit dem damals im Großherzogtum Galizien geredet wurde, daß eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtag ist, die aber noch nicht so stark ist, daß sie den Etat völlig nach sozialdemokratischen Anschauungen einrichten könnte. Ganz genau so liegen aber die Verhältnisse in Württemberg jetzt nicht, und bei sehr strenger Auffassung der Resolution könnte man zu der Ansicht gelangen, daß die württembergischen Genossen nicht richtig gehandelt haben. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß solche Verhältnisse, wie sie jetzt in Württemberg vorliegen, damals in Lübeck noch nicht vorgelegen haben und überhaupt nicht in Betracht gezogen wurden. Ganz gewiß ist die Situation jetzt in Württemberg eine erheblich andere, als sie vor sechs Jahren in Baden war. Weibel beispielsweise bekämpfte die damalige Zustimmung in Baden mit dem Hinweis, daß die babilische Regierung vorgelegt dagegen ankämpfe, das Landtags- und Gemeindevahlrecht zu verbessern und das gleiche direkte Wahlrecht einzuführen. Er sagte: „Solange diese Forderung nicht erfüllt ist, können wir schon allein deswegen niemals ein Budget bewilligen.“ In Württemberg aber ist die Verbesserung des Wahlrechts erreicht worden. Weibel sprach ferner von den schlechten Zuständen in Baden in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht. Auch in dieser Hinsicht herrschen, wie wir schon, in Württemberg gute Zustände. Ein wesentlicher Teil der Gründe, die in Lübeck zur Zurückweisung jener Abstimmung im babilischen Landtage führten, besteht also in Württemberg nicht erfüllt ist. Bei gerechter Prüfung muß also zugelassen werden, daß die württembergische Landtagsfraktion ihre jetzige Zustimmung als erlaubt ansehen durfte. Der Vorwärts, gegen den Parteitagbeschlusse verstoßen zu haben, ist ihr mithin keineswegs zu machen.

Wir glauben nicht, daß diese Angelegenheit die deutsche Sozialdemokratie sehr beschäftigen müsse. Für uns in Sachen ebenso wie für die Genossen in Preußen geht ganz gewiß die Zustimmung zu einem Budget im heutigen kapitalistischen Klassenstaat sehr gegen das Gefühl. Denn bei uns ist es absolut selbstverständlich, daß Vertreter in den Dreiklassen-Landtagen, wenn wir etwa mehrere belassen, gegen den Etat stimmen. Wenn aber unsere Parteigenossen in einem anderen Bundesstaat, wo freiere Verhältnisse herrschen, auf Grund der Verbesserungen, die sie selbst im Etat erreicht haben, die Ablehnung des Gesamtbudgets nicht glauben rechtfertigen zu können, wenn sie damit nicht gegen Parteitagbeschlusse verstoßen, wenn sie im übrigen im Verlauf ihrer ganzen parlamentarischen Betätigung allenthalben ihre demokratische und sozialistische Schuldigkeit getan haben, dann braucht, so dünkt uns, ihr Verfahren nicht zum Rang einer großen Streitfrage in der Partei erhoben zu werden.

„Seine Majestät der Kaiser von Rußland hurra!“

Als sich der deutsche Kaiser und der Zar am Dienstag von einander verabschiedeten, kam es zu folgenden Trinksprüchen. Nikolaus begann:

„Ich bin glücklich, daß ich diese Gelegenheit habe, Eurer Majestät für die mir bereite Aufnahme aufrichtig zu danken und den ganzen Wert zum Ausdruck zu bringen, den ich auf die Fortdauer der Beziehungen überlieferter Freundschaft und Verwandtschaft lege, die beständig ein enges Band zwischen unseren Häusern und Völkern gewesen sind. Nachdem ich mit lebhaftem Interesse und großer Bewunderung den Wandern der schönen deutschen Flotte beigewohnt habe, erhebe ich mein Glas auf die Gesundheit Kaiser Wilhelms, des obersten Chefs dieser Flotte, und auf das Gedeihen der tapferen deutschen Marine.“

Kaiser Wilhelm erwiderte:

„Eurer Majestät sage ich meinen herzlichsten Dank für die soeben gesprochenen gütigen Worte, welche die Freundschaft zum Ausdruck gebracht haben, die uns und unsere Völker verbindet. Es ist das erste Mal, daß meine Flotte unter dem Kommando meines Bruders die Ehre gehabt hat, vor Eurer Majestät zu manövrieren. Die anerkennenden Worte Eurer Majestät werden in den Herzen meiner Offiziere und Mannschaften fortleben. Wir alle sind von dem Wunsch durchdrungen, daß es Eurer Majestät vergönnt sein möge, den eingeleiteten Ausbau der russischen Flotte erfolgreich durchzuführen. Die Euerer Majestät bin auch ich erfüllt von dem Gedanken der unabänderlichen Freundschaft unserer Häuser und unserer Völker. Diese Freundschaft hat mehr als ein Jahrhundert überdauert, sie verbindet uns heute und wird weiter dauern. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus, Seine Majestät der Kaiser von Rußland hurra!“

Das von der Regierungspresse als unpolitisch angeführte Familienereignis von Swinemünde hat nun zum Schluß durch den Eifer des deutschen Kaisers doch einen besonderen politischen Anstrich erhalten. In starkem Gegensatz zu den kühlen Begrüßungsformeln der deutschen Offiziere hat der deutsche Kaiser einen Toast auf das heutige Rußland und seinen Zaren gesprochen, dessen Ton und Worte in der Erinnerung der Völker noch recht lange und recht eigenartig nachklingen werden und der auch im Auslande Aufsehen, wenn nicht gar wieder eine gewisse Unruhe hervorrufen wird.

Dieser Toast war mehr als eine übliche offizielle Zeremonie, er war ein feierlicher Verbrüderungsschwur für das Haus Romanow und das Haus Hohenzollern. Man fühlt sich fast an den historischen Toast des Großfürsten Wilhelms II., Friedrich Wilhelms IV., erinnert, der den ersten Nikolaus bei seinem Besuch in Berlin als den „Herrn der Welt“ hochleben ließ, so häufigen sich in der Rede des deutschen Kaisers die Ausdrücke der Verehrung und der Freundschaft. Und doch liegen die Verhältnisse heute ein wenig anders als zu jener Zeit, da der größte Zereopolitiker, der je auf Preußens Thron gesessen, für Nikolaus I. die Hofeten des Feuerwerks und seiner Verehrbarkeit feigen ließ. Es ist ja gewiß nichts weiter als ein Scherz, wenn erzählt wird, die Hohenzollern habe zum Abschied dem Standaart signalisiert: „Der Admiral der Ostsee grüßt den Admiral des Schwarzen Meeres!“ — aber soviel ist doch sicher, daß Rußlands Stellung heute eine ganz andere ist als in den fünfziger und auch eine ganz andere als in den neunziger Jahren, wo noch Wilhelm II. mit einem Ansehen von Recht in Gedanken an den Zaren hätte zittern können: „Arm in Arm mit dir, so fordere ich mein Jahrhundert in die Scharfanten!“ Allzu enge Freundschaft mit Rußland und seinem Monarchen Nikolaus II. ist weder für die äußere noch für die innere Politik der Hohenzollern ein Vorteil. Es ist bedenklich, Nikolaus' des Zweiten einziger wahrer Freund zu sein.

Ganz außerordentlich, ganz merkwürdig, ganz aus dem Rahmen des Persönlichen und Gewöhnlichen herausfallend ist folgende Stelle in der auch sonst merkwürdigen kaiserlichen Rede:

Wir alle sind von dem Wunsche durchdrungen, daß es Eurer Majestät vergönnt sein möge, den eingeleiteten Ausbau der russischen Flotte erfolgreich durchzuführen.

Wenn irgend etwas eine „innere Angelegenheit“ des Zarentums Rußland ist, so ist es der Ausbau der russischen Flotte. Eine Auspielung auf solche innere Verhältnisse ist auch nicht zwischen Staaten üblich, die miteinander rechtsverbindliche Bündnisverträge für den Kriegsfall abgeschlossen haben. Würde z. B. Wilhelm II. in einem Toast auf Franz Joseph I. einen glücklichen Fortgang der geplanten österreichischen Seeresverpflichtungen wünschen, so würde man auf dem Wiener Ballplatz sehr erstaunte Gesichter machen und im österreichischen Reichsrat würden wahrscheinlich Reden gehalten werden, die dem deutschen Kaiser nicht gefallen würden. Der Ausbau der russischen Flotte ist aber auch eine Angelegenheit, die die russische Regierung mit der demnächst zu wählenden Duma auszumachen hat!

Über Rußland — und damit wird die Sache immer seltsamer — steht zu Deutschland gar nicht im Verhältnis eines Bündnisses für den Kriegsfall, sondern es ist verbündet mit der französischen Republik. Im Falle eines Krieges mit Frankreich würde das Deutsche Reich gezwungen sein, einen Teil seiner Flotte in der Ostsee zu belassen und dieser festgelegte Teil müßte um so größer sein, je stärker und kriegstüchtiger die russische Flotte ist. Es ist darum nicht einzusehen, warum wir Deutschen gehalten sein sollen, den Ausbau der russischen Flotte besonders guten Erfolg zu wünschen!

In merkwürdigem Gegensatz stehen auch die Wünsche des deutschen Kaisers für die russische Flotte zu der Abstimmung des Pauger Kongresses, deren Annahme — mit Deutschlands Zustimmung — bevorzugen soll. Diese Resolution lautet:

Die Konferenz bestätigt die Resolution, die bereits von der Konferenz im Jahre 1899 bezüglich der Einschränkung der Militärlasten angenommen worden ist, und in der Erwägung, daß seit dem genannten Jahre die Militärlasten in fast allen Ländern sich noch vergrößert haben, erklärt die Konferenz, daß die Angelegenheit dringlicher ist als jemals und daß es wünschenswert ist, die Regierungen das Studium dieser Frage wieder aufnehmen zu lassen.

Der Ausbau der russischen Flotte ist doch gewiß kein Mittel, die Militärlasten Europas zu vermindern; ganz im Gegenteil werden dadurch die Lasten Europas und besonders

wenden werden. Hierzu bemerkt die Nordd. Ag. Fig.: Sollten diese Angaben auf Tatsachen beruhen, so möchten wir auf den Artikel 29 der Reichsverfassung verweisen, der also lautet: „Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes und an Austräge und Instruktionen nicht gebunden.“ Es wäre interessant, welche 24 Mitglieder des Reichstages es sind, die sich in den konservativen und nationalliberalen Reihen zu suchen haben.

Die Tat eines kranken Menschen.

Zur Halle wird uns von unierem g. Korresp. berichtet: Gehörtlich des Mauerwerks war der 47jährige kranke Mauerer Rechenberg in der Nacht zum 27. Juni mit einem geladenen Revolver an die Wand eines Neubaus gegangen, um den dort ein- gemauerten erdbebensicheren italienischen Mauerern etwas auszuweichen. Als er dort in der Dunkelheit an einem Baukasten stand, wie er sich nach dem Revolver umsah, wurde er durch die Hand der Polizei ergriffen. Rechenberg wurde in die Wache gebracht, wo er von dem dortigen Polizeiwachtmeister Brückner verhört wurde. Rechenberg erklärte, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt bezeugte, dass Rechenberg ein kranker Mensch sei, der durch die Verabreichung von Opium in einen Zustand der Verwirrung versetzt worden sei.

Fremdes Silber.

Zu der Mitteilung über die Beschwerte, die die Staatsanwaltschaft gegen die Entscheidung des Landgerichts Göttingen i. N. in Sachen der Fürstin Wrede eingelegt hat, schreibt der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Göttingen dem Berliner Tageblatt, dass die Staatsanwaltschaft nicht beantragt habe, den Fürstin und die Fürstin Wrede außer Verfolgung zu setzen und nur gegen die Gesellschaft der Fürstin das Hausverfahren zu eröffnen. Vielmehr hat die Staatsanwaltschaft beantragt, den Fürstin Wrede außer Verfolgung zu setzen, dagegen das Hausverfahren gegen die Fürstin Wrede und ihre Gesellschaftsleiterin zu eröffnen.

Die Bahnpfennigfahrkarte. Ein Geschäftsmann aus der Umgegend von Kassel, der aus geschäftlichen Gründen oft den Bahnhöfen zu betreten genötigt war, machte sich den Umstand, dass auf der betreffenden Station Bahnpfennigfahrkarten aufzulegen, unangenehm, indem er eine solche Karte löste, damit die Bahnpfennigfahrkarte nicht auf den Zug benutzt zu werden, den Bahnhofs wieder verließ. Der Geschäftsmann wurde von den Bahnbearbeitern mehrfach angehalten, sich eine Bahnpfennigfahrkarte zu lösen. Da er aber der Ansicht war, dass es rechtlich gegen sein Verhalten nichts einzuwenden sei, hielt er sich an die Aufforderungen nicht. Infolgedessen wurde gegen ihn auf Veranlassung der zuständigen Verkehrsinspektion eine Anklage wegen Verletzung des Betruges erhoben. Das Schöffengericht kam zunächst zu einer Verurteilung, die auf 10 M. Geldstrafe lautete. Das Urteil wurde von der Staatsanwaltschaft in der Sache der Bahnpfennigfahrkarte in dem vom Landgericht Göttingen erstinstanzlich erlassenen Urteil aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Verurteilung, die auf 10 M. Geldstrafe lautete, und das Gericht folgte weiter, dass durch die Verurteilung das Vermögen des Eisenbahnfahrers um jährlich 5 M. geschädigt worden sei. Auch habe der Angeklagte den Schaden durch die Verurteilung nicht ersetzt. Infolgedessen wurde gegen ihn auf Veranlassung der zuständigen Verkehrsinspektion eine Anklage wegen Verletzung des Betruges erhoben. Das Schöffengericht kam zunächst zu einer Verurteilung, die auf 10 M. Geldstrafe lautete. Das Urteil wurde von der Staatsanwaltschaft in der Sache der Bahnpfennigfahrkarte in dem vom Landgericht Göttingen erstinstanzlich erlassenen Urteil aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Verurteilung, die auf 10 M. Geldstrafe lautete, und das Gericht folgte weiter, dass durch die Verurteilung das Vermögen des Eisenbahnfahrers um jährlich 5 M. geschädigt worden sei. Auch habe der Angeklagte den Schaden durch die Verurteilung nicht ersetzt.

Der Jagodja-Feld.

Das Urteil im Petersprozess wird jetzt von der Blinden Post in ihrer christlichen Begründung veröffentlicht. Es geht in Bezug auf die Einrichtung des Labrus, dass das Schöffengericht zu eigenen Feststellungen über die Frage, ob bei der Einrichtung dieses schwarzen Dieners geschlechtliche Eiferung eine Rolle gespielt habe, wie die Disziplinargerichte annehmen, nicht gelangt seien, da das Beweismaterial zu lückenhaft gewesen sei.

Das Schöffengericht, fährt dann das Urteil fort, standen zur Klärung der in Betracht kommenden Verhältnisse außer den Aussagen des Peters selbst die eidlichen Aussagen der Zeugen Wiest, Wilmann, Hüfner und Fehrmann v. Schumann zur Verfügung. Das Schöffengericht hat diese Aussagen, insbesondere des Peters, nicht geglättet und umfangreiche Einzelheiten der Vorgänge meist nicht festgestellt. Das Urteil im Petersprozess wird jetzt von der Blinden Post in ihrer christlichen Begründung veröffentlicht. Es geht in Bezug auf die Einrichtung des Labrus, dass das Schöffengericht zu eigenen Feststellungen über die Frage, ob bei der Einrichtung dieses schwarzen Dieners geschlechtliche Eiferung eine Rolle gespielt habe, wie die Disziplinargerichte annehmen, nicht gelangt seien, da das Beweismaterial zu lückenhaft gewesen sei.

Neue Grausamkeit nennt. Das dritte Punkt anfangt, erstreckte das Verbrechen sich hinsichtlich der Tötung der drei Regenerinnen Tatfachen für nachzuweisen, auf welche die Bezeichnung als Grausamkeit angewendet werden kann.

Neue politische Nachrichten. Nach einer Meldung aus Montevideo erklärte Marcellin Albert in einer Zeitschrift an das Blatt Letti Meridional, dass er wegen feindsüchtiger Kundgebungen, deren Gegenstand er am Montag gewesen sei und ferner wegen der Einmischung des Verteidigungsausschusses der Winger gegen die Generalratswahl seine Demission als Mitglied des Wingerverbandes von Argentinien eingereicht habe. — In Krakau wurde, wie der Frank. Hg. aus Budapest berichtet wird, gegen fünf Polizeibeamte vom Untersuchungsrichter das Disziplinarverfahren eingeleitet, weil sie nicht die Verhaftung des leitenden städtischen Sekretärs der dortigen sozialistischen Partei Ernst Klaußner veranlaßt haben. Der in einer Verlesung öffentlich zum Königsmord aufgefordert hatte. — Aus Saloniki wird gemeldet, daß Dr. Seruzzi, der bei der Orientalischen Eisenbahn als Arzt angestellt war, auf dem Heimwege im Straßenbahnwagen von Bulgaren erlitten wurde. Der Vorfall ist angeblich auf politische Gründe zurückzuführen. — Zwischen Weissen und Negern kam es am Montag in New York zu einem förmlichen Kampfe, wobei zwei Weiße tödlich verletzt wurden. Der Gegenstand des Streites war ein Laib Brot. Die Negern gingen mit Kohlenmessern gegen die Weissen vor, Negerninnen waren aus den Fenstern und von den Dächern Fingelsteine auf die Weissen.

Husland.

England.

London, 6. August. Der Streik der Dockarbeiter in Belfast dauert fort. Unterhandlungen und Auseinandersetzungen sind abgebrochen. Die Kundgebungen erklären jetzt, bis zum Ende kämpfen zu wollen. Noch mehr von ihnen legen die Arbeit nieder. Die Schiffahrt liegt lahm. Einige Kundgebungen eruchten sich. Die Polizei, die sich bereit, gegen die Streikenden vorzugehen, wurde von den Arbeitern der Docks mit Steinen beworfen. Einige sind verletzt. Weitere Unruhen stehen für heute bevor. Das Schöffengericht für den Streik der Fuhrleute ist an der Weigerung dreier Firmen gescheitert.

Portugal.

Dem Könige Gnade und Heil. London, 6. August. Eine Meldung aus Lissabon, die von der portugiesischen Grenze aus hierher telegraphiert worden ist, behauptet: Während der Reise des Königs nach dem Kurort Pedros Solados veranlaßten die Landbesitzer überall Kundgebungen gegen den König. In mehreren Orten waren die Bahnhöfe, die der König passieren mußte, schwarz ausgelegt und trugen Inschriften wie „Rieder mit dem Diktator! Es lebe die Revolution! Tod den Tyrannen!“ Bei der Ankunft drängte sich ein Haufen aus der Menge vor, schlug den König auf die Schulter und rief: „Fort mit dem Diktator!“ Er verstand es nicht, was die Polizei seiner nicht habhaft werden konnte. Der König machte der Umarmungszeremonie ein rasches Ende und verließ den Bahnhof unter erneuten Schimpfen der Bauern.

Amerika.

Der Deltrust verurteilt.

In den Vereinigten Staaten ist durch das Geley Urteil die Verurteilung von Verdrängung durch die Eisenbahngesellschaften an einzelne Firmen unterlag. Die Prachtzüge sind der Regierung bekannt zu geben und Vergütigungen einzelner Gewerbetreibender sollen nicht weg greifen. Es sollen damit namentlich die kleineren Geschäftskreise vor der erdrückenden Konkurrenz der großen Gesellschaften geschützt werden. So will es das Geley. In Wirklichkeit wird gegen diese Bestimmung auf das ungeschicklichste getrotzt. Der große Deltrust, der Standard-Deltrust und alle andern industriellen Ringe und Großunternehmungen treffen gehörige Abmachungen mit den Eisenbahngesellschaften, durch die ihnen Vorzugsrechte zugesichert werden. In vielen Fällen ist der betreffende industrielle Trust zugleich Mit- oder Hauptaktionär der in Frage stehenden Transportanstalten.

Seit Romer hat sich nun ein gerichtliches Verfahren gegen den Deltrust, an dessen Spitze der Multi-Millionär Rockefeller steht, eben wegen einer Reihe von Verdrängungen durch das obige Geley. Am 3. August wurde von dem Bezirksrichter in Chicago das Urteil gefällt: Der Deltrust ist, wie bereits kurz berichtet, zu der unannehmer Strafe von 118 000 000 Mark verurteilt, ihm wurden 1460 Übertretungen des Geleyes erkannt. Der Richter Landis bewerte, daß das Geley nicht gestalte, den Geleyesverleiher in den Gewinn zu wickeln. Der Prozeß ist hiermit noch nicht zu Ende, sondern wird noch den Appellations-Gerichtshöfen beschäftigen, da die Advokaten Rockefeller's sühlerlich Berufung einlegen werden.

Auf der andern Seite sind gegen eine ganze Reihe anderer Trusts Verfahren wegen der gleichen Vergehen im Gange, auch gegen die beteiligten Eisenbahngesellschaften soll vorgegangen werden.

Newport, 6. August. Nachdem die gerichtliche Verfolgung der Standard Oil Company in ihrem bisherigen Verlaufe bereits zur Verhängung außerordentlich schwerer Geldstrafen geführt hat, hat sich der Verwaltungsrat der amerikanischen Bahngesellschaften große Mühe bemüht. Sie befürchten, daß mit strafrechtlichen Verfolgungen der Bahnen wegen Verletzung des Antitrustgesetzes in größerem Umfange, als bisher erwartet worden war, vorgegangen wird. Wegen die Chicago and Alton-Bahn ist von der Anklage bereits die Einleitung einer Untersuchung wegen geheimerer Verdrängung von Frachtkarawanen eingeleitet worden. Man ist überzeugt, daß die Untersuchungen dieser Art einen großen Umfang annehmen werden und vielleicht keine Bahn innerhalb der Vereinigten Staaten davon ganz unberührt bleiben werde.

Newport, 6. August. (S. L.) In der Angelegenheit der Standard Oil Company ist eine Reihe von Einzelaktionen noch unerledigt. Die Geldstrafen, die bei diesen im Falle von Verurteilungen ausgesprochen werden können, werden auf 88 1/2 Millionen Dollar berechnet. Unterbleibt die Zahlung, so würden die dem Deltrust beteiligten Personen große Vermögenskonfiskationen zu erwarten haben, da durch das gezeigte Verhalten der Gesellschaft in den Statuten begründete beschränkte Haftung der Mitglieder wegfällt. Bei demjenigen Angeklagten, die verurteilt unter Verfolgung stehen, ist die Verhängung langjähriger Gefängnisstrafen nicht ausgeschlossen.

Washington, 6. August. Der Vorstand des Bureaus für Verbände im Handelsministerium, Smith, hat seinen Bericht über die Verhältnisse in der Petroleumindustrie erstattet. Darin sagt Kommissar Smith unter anderem, die Standard Oil Company habe seit zehn Jahren die Preise des Petroleum in erheblicher Weise in die Höhe getrieben. Sie habe sich zur Herrin des Marktes gemacht durch Erlangung eines geographischen Monopols, Hochdruckigkeit im Beschäftigebenen, durch die allerhöchsten Methoden industriellen Betriebes; das Ergebnis von alledem sei die Verdrängung der Konsumenten. Der Gewinn der Gesellschaft sei so groß, daß er die bedeutende, loeben über sie verhängte Geldstrafe in sechs Monaten wieder einbringen werde.

Internationaler Wohnungskongreß.

Hg. London, 5. August.

In London tagt ein internationaler Kongreß, der sich mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Er ist jährlich aus allen bedeutenden Ländern besetzt. Ration der englischen Regierung hielt der Arbeitsminister John Burns eine Ansprache, in der er die Bemühungen für die schwierige Reform des Wohnungsweiens begrüßte und für das

nächste Jahr die Einbringung eines Wohnungsgesetzes in Aussicht stellte.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Wohnungsinpektion und die Verbesserung der Wohnungen der ärmeren Bevölkerungsklassen in England. Holland schildert die Tätigkeit der Wohnungsinpektion in Holland deren Tätigkeit von den Hausbesitzern der schärfste Widerstand entgegengelegt wurde. Besonders die kleinen Städte wehrten sich gegen die Sanitäts- und Baubehörden, teils um selbst Kosten zu sparen, teils um eine Belastung der Hausbesitzer zu vermeiden. Man lasse sich aber eine Belastung der Hauseigentümer bis zu einem gewissen Grade nicht vermeiden. Viel schwerer seien weitgehende sanitätspolizeiliche Vorschriften auf die Schultern der Armen, die meist kein Geld haben, um ihre schlechten Wohnungen, Höfen oder Schuppen zu verbessern. — Harold Shawcross (England) verbreitete sich über die Wohnungsinpektion in England. Man sei nun auch in England dazu übergegangen, Frauen zur Wohnungsinpektion mit heranzuziehen. Leider sei die Wohnungsinpektion auf dem Lande noch zurückgeblieben, was sich aus der nicht genügend garantierten Unabhängigkeit der Inspektoren erkläre. Man solle deshalb dem Beispiel Hollands folgen und die Inspektoren als Staatsbeamte anstellen. — Prof. Albert Berlin: Lieber Deutschland kann ich nichts Günstigeres berichten. Eine technische Sachverständigen-Wohnungsinpektion kennen wir in Deutschland nicht, die Inspektion ist Sache der örtlichen politischen Verwaltungen, sie liegt in den Händen des Schupmanns. Wir sind also noch außerordentlich rückständig und bilden mit Recht auf Länder wie England, wo man bedeutend weiter ist als bei uns.

Den nächsten Punkt, Die Bodenfrage, behandelte Dr. Newes, Düsseldorf. Die Bodenfrage sei in Deutschland eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme. Alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig berührend, sei die Bodenfrage eine Rebenerscheinung der lebhaften Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat. Einzelne Städte hätten sich geradezu hässlich entwickelt, so Berlin von 1871 mit 825 000 Einwohnern auf 2 Millionen im Jahre 1906. In derselben Zeit stiegen Hamburg von 300 000 auf 800 000 Einwohner, Charlottenburg von 19 500 auf 237 000 Einwohner, Nürnberg von 83 000 auf 294 000 Einwohner und Mannheim von 40 000 auf 162 000 Einwohner. Damit hänge eine enorme Preissteigerung des Grund und Bodens zusammen. 1890 besaß ein Lektorn von 70 ha am Kurfürstendam in Berlin den reinen Käwert von 100 000 M. 1890 kostete dasselbe Grundstück 5 Millionen Mark. Der Gesamtbevölkerung von Charlottenburg betrug 1865 6 Millionen Mark, 1890 300 Millionen Mark. In München wurde das Gelände des südlichen Schloßhofs 1872 für 491 M. pro Quadratmeter gekauft. 1886 war der Wert 50 M. pro Quadratmeter. In Freiburg i. Br. kaufte man Gegendelände bis 1870 durchschnittlich für 5,40 M. pro Quadratmeter. Jetzt muß man 25 M. bezahlen. Selbst in kleinen Städten wie Gießen ist der Bodenwert eines Quadratmeters in den letzten drei Jahren von 7,50 auf 22 M. gestiegen. Diese Preissteigerung hat zu einer lebhaften Bodenpekulation geführt. In allen größeren Städten bildeten sich Terraingesellschaften. An sich sei die Bodenpekulation ebenso berechtigt wie jede andere spekulative Geschäftstätigkeit. Bekämpfenswert seien nur ihre Ausschüßigkeit. Solche Ausschüßigkeit seien allerdings in ziemlich großem Umfange hervorgerufen. Das lange Festhalten an ungebauten Boden sei ja erklährt worden durch die überaus geringen Zinsen, die damit verbunden waren. Die laufende Verleerung des ungebauten Bodens in Deutschland weiteten auf der Grundlage des Ertrages, und zwar des niedrigen landwirtschaftlichen Ertrages. Zu begründen sei daher die Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert, die in vielen preussischen Kommunen bereits erfolgt sei. Noch besser sei die Wertzuwachssteuer, die in den letzten Jahren in rascher Aufeinanderfolge in Frankfurt a. M., Köln, Essen, Berlin eingeführt worden sei. Im Großherzogtum Hessen werde ihre Einführung geplant; die Steuer sei heilig bekämpft worden, aber grundsätzliche Bedenken gegen sie nicht vorgebracht worden. — Hieraus wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Wetterbericht von der Wetterk. an der Augustusbrücke
am 7. August, mittags 12 Uhr.
Barometer: 754. Barometrisch.
Thermometer: + 21° R.
Thermometergraph: Min. + 18, Max. + 22.
Hygrometer: 56°.
Wasserstand: - 125. Wasserwärme: + 17.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 8. August:
Nach Zunahme der Bevölkerung zunächst noch Regen, später teilweise aufklarend, windig, etwas kühler.

Dresdner Polizeibericht vom 7. August.

Einem Unterdenkbruch erlitt am Sonnabend früh auf der Rosenstraße eine jugendliche Arbeiterin dadurch, daß sie von einem Radfahrer, der nach den Angaben der Augenzeugen übermäßig schnell und rücksichtslos gefahren sein soll, umgeritten wurde. Durch Abbruch von einer 1 Meter hohen Mauer zog sich am Montag Abend auf der Bergstraße ein 11 jähriges Schulkind eine schwere Gehirnerschütterung zu. Ein hinfälliger Mann trug das Kind zu einem Arzte und führte es später, nachdem es sich erholt und die verloren gegangene Besinnung wieder erlangt hatte, inelns Dreifache den Eltern zu.

Am Dienstag nachmittags verstarb auf einem Neubau in der Wilsdruffer Vorstadt ein dalethilts behafteter 46 Jahre alter Arbeiter nach etwa eine Stunde vorher eingetretenem Unwohlsein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Diphtherie die Todesursache ist.

Letzte Telegramme.

Die irischen Pächter.

London, 7. August. Oberhaus. Im Laufe der Beratung der Regierungsvorlage über die Wiedererrichtung der vertriebenen Pächter in Irland, die bereits von Unterhause angenommen ist, übertrug der Lordkanzler eine scharfe Kritik an der Vorlage. Sprach sich über die irischen Pächter, die durch die Verdrängung durch das Oberhaus angenommen sei, und weil eine Ablehnung die Schwierigkeiten der irischen Regierung vielleicht noch vermehren würde. Einige wichtige Änderungen dürften aber an dem Gesetze vorgenommen sein. Wie es heißt, werden die beiden Änderungen kaum zu einem ersten Streit zwischen den beiden Häusern Veranlassung geben.

Ein D-Zug entgleist.

Tremsen (Provinz Posen), 7. August. Heute nacht gegen 1 Uhr entgleiste der D-Zug 53 auf freier Strecke aus unbekannter Ursache zwischen den Stationen Talsse und Tremsen. Die beiden Lokomotiven des Zuges sind umgestürzt. Der Waggon und die beiden folgenden Wagen sind total zertrümmert, die übrigen Wagen sind unbeschädigt. Die Zahl der Toten wird auf acht angegeben. Einzelheiten fehlen noch.

Som Mij erschlagen.

Hogeburg, 7. August. Hier ging gestern Abend nach drückender Hitze ein furchtbares Unwetter mit heftigen Hagelstürmen nieder. Ein 75 jähriger Mann wurde beim Holz sammeln vom Hagel erschlagen, zwei Arbeiter betäubt.

Trohende Aussperrung in der bairischen Metallindustrie.

Wie dem Vorstand ein Privattelegramm aus München meldet, kündigt der Verband der bairischen Metallindustriellen die Aussperrung aller in Maschinenfabriken Bayerns beschäftigten organisierten Arbeiter an, wenn die Differenzen der streikenden Holzarbeiter in der Rathgeberischen Waggonfabrik bis Sonnabend nicht beigelegt sein sollten. Heute kommen die Scharfmacher zu einer weiteren Sitzung in Nürnberg zusammen.

4. Wahlkr. 2 Volksversammlungen

Sonnabend den 10. August 1907, abends 9 Uhr
in der Tonhalle, Dresden-Neustadt, Glacéstraße

Tages-Ordnung:
Positive Leistungen der Sozialdemokratie.

Referent in beiden Versammlungen:

Reichstagsabgeordneter **Hermann Molkenbuhr**-Berlin.

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Arbeiter! Sorgt für massenhaften Besuch dieser Versammlungen.

Die Einberufer.

Vorstadt Cotta!

Sonnabend den 10. August, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

im Etablissement **Zu den Linden**, Birkenhainerstraße.

Tages-Ordnung:

Der neue Wahlrechts-Gesetzentwurf

Referent: Parteisekretär Genosse **Kahmann**.

Debatte. Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Arbeiter, Beamte, Geschäftsleute, erscheint massenhaft in dieser hochwichtigen Versammlung, protestiert dadurch gegen die abermalige Entrechtung des werktätigen Volkes.

Leuben u. Umg.

Freitag den 9. August, abends 7/9 Uhr

Gr. Volks-Versammlung

im Gasthof zu Leuben.

Tages-Ordnung:

Der neue Landtags-Wahlrechtsgesetz-Entwurf.

Referent: Genosse **Fleischer**, Dresden.

Debatte.

Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung.

Sozialdem. Verein für den 4. Wahlkreis.

Bezirk Kötzschenbroda

Sonnabend den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im Köhler Hof

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Materialistische Geschichts-Auffassung. Referent: Genosse **Robert Grötzsch**. 2. Geschäftsbericht. 3. Verschiedenes u. Debatte. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Einzelmitgliedschaft Dresden.

Freitag den 9. August 1907, abends 8 1/2 Uhr

Vertrauensmänner-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses, Riesenbergstr. 2.

Da die Tagesordnung eine sehr wichtige und lehrreiche ist, wird das Erscheinen sämtlicher Vertrauensleute erwartet. — Mitgliedsbuch und Karte legitimiert!

Genossinnen der Dresdner Kreise!

Freitag den 9. August, abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im kleinen Saale des Volkshauses, Maxstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.

Referent und Thema werden in der Versammlung bekanntgegeben.

2. Wahl einer Delegierten.

3. Debatte.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen dringend erwünscht. Die Einberuferin.

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an. 6 Kabinett, 1 Vergrößerung in Oel, für 8 M.

besetzt Photograph **Richard Jähmig**, Marienstraße 12. Sonntags von 11-4 Uhr geöffnet.

Böttcher-Herberge

Hermann Möbius
18 Zahngasse 18
(Städt. Herberge)

büht sich bestens empfohlen. Verkehrslokal u. Arbeitsnachweis der Gastwirtsgehilfen.

Tägliche Nebenabteilung. Tagelohnungen! — Telefon 294. —

Brillanten

blühend schönen Fein-, weiß-, samtweiche Haut, ein junges, reines Gesicht und rosiges, jugendliches Aussehen erhält man bei tägl. Gebrauch der echten

Stackenpferd-Lilienmilch-Seife

v. Bergmann & Co. Kadebrun mit Schwanenmarke: Stackenpferd & Schild 50 Pf. bei:

- Bergmann & Co., König-Johannstr.
- Hermann Roth, Altmarkt 5
- Reißig & Joch, Marienstr. 12
- P. Kämpelmann, Am See 56
- P. Kämpelmann, Neust. Markt
- in Pieschen: Ernst Dreßler
- in Pieschen: Fritz Plemer
- in Löbtau: W. Franz, Silt.-Drog.
- in Plauen: Eugen Dittmer
- in Trachau: Heinrich Berner
- in Trachau: Heinrich Dienst
- in Trachau: Oswin Dietrich, Drog.
- in Trachau: Karl Gieseler
- in Striesau: Max Grünert.
- in Striesau: Franz Lehmann.

Haare! Haare!

läuft Friseur, Lindenaufr. 14.

Sonntag den 11. August 1907, vormittags 11 Uhr
im Goldenen Lamm in Trachau

Tages-Ordnung:
Die gegenwärtige politische Lage.

Referent in beiden Versammlungen:

Reichstagsabgeordneter **Hermann Molkenbuhr**-Berlin.

Vierter Wahlkreis

Freitag den 9. August, abends 8 1/2 Uhr

Vorstands-Sitzung

im Volkshaus.

Soz. Verein Dresden-A.

Freitag den 9. August abends Punkt 8 Uhr

Vorstands-Sitzung.

Die Donnerstag den 8. August in der Roten Schenk zu findende öffentliche Versammlung beginnt nicht 7 1/2, sondern bereits 6 1/2 Uhr abends.

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen

Einzelmitgliedschaft Plauenscher Grund.

Die Donnerstag den 8. August in der Roten Schenk zu findende öffentliche Versammlung beginnt nicht 7 1/2, sondern bereits 6 1/2 Uhr abends.

Dresdner Konzert-Orchester.

Sonnabend den 10. August

Wald-Schänke Priessnitzbad

Anfang 7 1/2 Uhr. Programm 10 Pf.

Restaurations-Eröffnung.

Werten Gästen, Freunden, Ökonomie und Nachbarn die ergebene Anzeige, daß wir das früher unter dem Namen **Seemannshaus** bewirtschaftete Restaurant übernommen und mit heutigem Tage unter der Firma

Restaurant Max Hanisch

106 Rosenstraße 106

eröffnet haben. Die geräumigen Lokalkitäten sind vollständig renoviert, der Neuzug entsprechend eingerichtet und bieten den angenehmen Aufenthalt für Vereine und Familien.

Separates Speisezimmer jederzeit zur Verfügung. Zweifen und Getränke sind vorzüglich und preiswert. Guter bürgerlicher Mittagstisch von 35 Pf. an.

Mit der Bitte, uns in unserem neuen Heim gütig unterstützen zu wollen, jeden zahlreichen Zuspruch entgegen zu nehmen. Hochachtungsvoll

Max Hanisch u. Frau. 106 Rosenstr. 106.

Bäckerei u. Konditorei

Max Donat

empfehlen sich der geehrten Einwohnerschaft zur täglichen Lieferung von sämtlichen Backwaren.

Alle in die Bäckerei und Konditorei einschlagenden Arbeiten von den einfachsten der Bäckerei bis zu den größten Kunstwerken der Konditorei werden zu allen festlichen Veranlassungen auf Bestellung schnellstens bei billiger Preisberechnung geliefert.

Erster und einziger Betrieb der Johannstadt, in welchem die Gehilfenforderungen vollständig bewilligt sind.

Auf Brot u. Weisswaren 5 Proz. Rabatt.

Auf Wunsch telefonische und schriftliche Zulassung nach allen Straßen und Plätzen der Johannstadt. Der Obige.

Warenhaus Gebh. Kohl & Co.

Dresden-A., Freiburgerplatz 22-24.

Billigste Bezugsquelle für Gardinen, Steppdecken, Teppiche und Wachstuche etc.

Verlangen Sie Rabatt-Marken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Siefert, Dresden. Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden. Diegen 2 Beilagen.

Achtung! Torna u. Umgebung. Achtung! Skat- u. Sparklub Einigkeit.

Sonntag den 11. August in Edels Restaurant in Prohlis

Grosses Sommerfest

verbunden mit Vogelschessen mit Schweinspremiern. Preisregeln usw. sowie Belustigung für jung und alt. Karten a 10 Pf. sind zu haben bei den Vereinsmitgliedern. Hierzu ladet freundlich ein Das Festkomitee.

Soeben erschienen:

Die letzten Jahre sächsischer Politik

Eine Abhandlung zu den Landtagswahlen 1907

Zweites Ergänzungsheft zum Handbuche Sächsische Politik

von Emil Nitzsche.

Nebst einem Anhang: Der Hohenthalsche Wahlgesetz-Entwurf mit Begründung und einer kritischen Betrachtung.

Preis 60 Pf.

Herausgegeben vom Zentral-Agitationskomitee. Verlag von Kaden & Co.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden-A., Zwingerstrasse 21.

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Beitung.

Nr. 181.

Dresden, Mittwoch den 7. August 1907.

18. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Das sächsische Jurell.

Vom Schöffengericht Bischofswerda wurde am 25. Juni der Zimmermann Max Theodor Wobst in Oberneufstr. wegen Übertretung des § 19 des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 mit einer Geldstrafe von 15 M. bestraft. Wobst hatte eine Verurteilung eingelegt. Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands ist bekanntlich über ganz Deutschland verbreitet und errichtet überall sogenannte Zahlstellen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln. Mitglieder-Verordnungen einberufen und über örtliche Fonds verfügen. Die Mitglieder haben obligatorische Beiträge zu entrichten. Jede Zahlstelle setzt ihren Vorstand selbst ein, der alljährlich gewählt wird. Nach der Überzeugung des Gerichts ist in Oberneufstr. durch den Gauleiter Zimmermann Köch in Dresden eine Zahlstelle des Verbandes der Zimmerer errichtet worden, die gegen 20 Mitglieder haben soll. Wobst gab zu, die Versammlungen einberufen und geleitet, die Korrespondenz mit dem Verband geführt, die Beiträge einempfand und das Verbandsorgan verteilt zu haben. Die Verwaltungsbehörde betrachtet die Zahlstellen als Vereine im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850, deren Gründung bei der Polizeibehörde anzumelden sei. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß Wobst der Vorstand der Zahlstelle, also eines ammelberichtigten Vereins, sei. Er hatte versäumt, die Gründung der Zahlstelle der Polizeibehörde anzuzeigen, die Anmeldung sogar verweigert. Wobst machte zu seiner Verteidigung geltend, daß die Zahlstelle kein politischer, arbeitsrechtlicher Verein, er selbst auch nicht Vorstand, sondern nur Vertrauensmann sei. Der als Junge gekleidete Gauleiter Köch aus Dresden wurde vom Gerichtshof abgelehnt. Verteidigt wurde Wobst vom Rechtsanwalt Rudolph Dresden. Die Berufung Wobsts wurde vom Landgericht Bautzen verworfen. Das Landgericht trat der Auffassung der ersten Instanz bei, daß die Zahlstellen als öffentliche Vereine zu betrachten seien. Der Zentralverband habe den Ausdruck „Zahlstelle“ nur deshalb gewählt, um den einzelnen Mitgliedern die Teilnahme an einem öffentlichen Verein zu ermöglichen, ohne sie mit den strengen Vorschriften des sächsischen Vereinsgesetzes in Konflikt zu bringen. Die Verurteilung Wobsts sei daher zu Recht erfolgt. Dieser Fall zeigt wieder aufs deutlichste die Notwendigkeit eines Reichs-Vereins- und Verbands-Gesetzes. Jetzt droht das Recht der Arbeiter in dieser Beziehung vollständig in der Luft.

Sächsische Justiz.

Der Maurer Max aus Böhmen beteiligte sich am sächsischen Arbeiterstreik mit. Als er am 18. Juli auf dem Bau den Zimmerer Wolf arbeiten sah, rief er diesem zu: „Du bist auch so ein gottverdammter Streikbrecher.“ W. schaltete sofort Anzeige beim nächsten Schuttmann, der W. zur Wache nahm. Da er Ausländer ist, wurde er der Anklage wegen in Untersuchungshaft genommen und jetzt wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung mit der ungemessen hohen Strafe von sechs Wochen Gefängnis bestraft. Untersuchungshaft wurde ihm nicht zugerechnet; ihm wurde auch vom Vorsitzenden des Schöffengerichtes anempfiehlt, nach Verbüßung der Strafe nach seiner Heimat zu reisen (andernfalls würde er wohl als lästiger Ausländer ausgewiesen). — Eine milde Beurteilung ließ das Schöffengericht bezüglich der nächsten Milderung und des Überhubs des Kaufmanns Lohse werten. Dieser „Recher“ war hatte nachts auf der Straße herumgeschrien und dem gegen ihn einschreitenden Schuttmann, dessen wiederholtes Ausrufen er nicht beachtete, beharrlich Widerstand entgegenzusetzen; schließlich hatten zwei Beamte zu tun, daß sie ihn nach der Wache brachten. In diesem Falle erkannte das Gericht auf 50 Mark Geldstrafe!

Konsumvereinstreier.

Einen recht drastischen Beweis dafür, wie perfide Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die angeblich sozialdemokratischen Konsumvereine zu Werke kommen, liefert wieder einmal die letzte öffentliche Sitzung der Ritterau Gewerbe-Kammer. Auf der reichhaltigen Tagesordnung stand u. a. auch ein Bericht über die am 28. Mai d. J. abgehaltene außerordentliche sächsische Gewerbetagungs-Konferenz in Chemnitz. Der 1. Punkt einer Verhandlung betraf die „Reform des Gewerbetagungs-Gesetzes“ des Reichstages, wozu die Wäckervereinsung Germania die Vorarbeiten zu unterlegen und sie zu zwingen, die Waren zum Selbstpreis zu verkaufen. (?) Um sich nicht ins eigene Fleisch zu schneiden, lehnte die Konferenz jedoch den Vorschlag mit der Bemerkung ab, daß dann die Konkurrenz noch stärker würde, falls die Waren zum Selbstpreis zu verkaufen müßten. — Einem weiteren Vorschlag der Wäckervereinsung stimmte aber die Konferenz bei: Es soll nicht gestattet sein, mit den Konsumvereinen, Produktions- und Einkaufsvereine heimlich zu verbinden. ...! Begründet wurde diese Maßnahme als „Produktions- und Einkaufsvereine heimlich zu verbinden“ damit, daß mit der Gründung dieser Vereine durch die gewöhnlichen Vorrichtungen verbunden seien, diese die Konsumvereine, welche solche Gewerbetagungen in eigener Hand betreiben, zur Zeit entgegen. In der sich anschließenden Diskussion äußerte sich nun ein gewisser Herr Beckmann aus Nieder-Weitzschau als einer derjenigen rühmlichst bekannten Beistand, wegen die Konsumvereine ins Feld zu ziehen. Dieser ehrenwerte Herr erklärte nämlich: „Er hätte es lieber gesehen, wenn die Konsumvereine, die in der letzten Zeit durch die Wäckervereinsung gegründet wurden, Mitgliedern Landgut, daß sie alle Lebensmittel von ihm vor nicht nur aus dem Konsumverein, sondern auch aus dem Konsumverein. Das bedeutet die Gefährdung ihrer Existenz. — Wobst nicht erlaubt. Er wird ihn auch nicht erbringen können. — Konsumvereine sind in einer, wie schon anfangs betont, öffentlichen Verleumdung übergraben, ohne daß eine Zurückforderung der Konsumvereine erfolgte.“

Recherinnen - Ausbeutung.

Der Stellenvermittler Winkler in Chemnitz war vom Postamt Chemnitz deshalb mit 20 M. Geldstrafe belegt worden, weil er an eine ledige Kellnerin, die bei ihm gewohnt hatte, ohne Berechtigung Kellnerinnenarbeiten und Blumen verkauft und dann diese und andere, dem Mädchen gehörige Kleidungsstücke als Pfand für aufgelaufene Schulden zurückbehalten hatte. Das Schöffengericht, das der Stellenvermittler um richterliche Entscheidung angerufen hatte, sah die Sache noch einmal an als die Polizei und erhöhte die Strafe auf 50 M. Die Berufung an das Landgericht hatte die Bestätigung dieser erhöhten Strafe zur Folge. Es wurde zur Begründung ausgeführt, daß zur Wahrung der Strafe keine Veranlassung vorliege, weil der wegen ähnlicher Delikte verurteilte W. einer mittellosen Kellnerin die zur Ausübung ihres Berufes notwendigen Sachen vorenthalten hatte.

Die Parteigruppen des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises hielten am Sonntag ihre ordentliche Generalversammlung in Weiden ab. Aus dem Berichte des Vorstandes geht hervor, daß die Position der Parteigruppen und ihr Einfluß in fast allen Orten des Kreises sich wesentlich vergrößert hat. Nicht nur, daß durch eifrige Beteiligung an den Kommunalwahlen das Stimmverhältnis ein erheblich besseres geworden, ist auch die Zahl der Vertreter in Stadt- und Landgemeinden gestiegen und beträgt gegenwärtig 68. Nur am Vororte Joidau gelang es, infolge des vorübergehenden Beamten- und Spießbürgertums bisher nicht, in der Stadtvertretung Fuß zu fassen. Während unsere Partei bei den letzten Wahlen einen Stimmenrückgang von 1515 Wählern gegen 1903 erlitt, konnte sie dafür eine erhebliche Steigerung des Abonnentenstandes der Parteipresse (um 7000 im ganzen Agitationsbezirk, 18. 22. und 23. Kreis) und des Mitgliederstandes der politischen Organisation um gegen 500 verzeichnen. Während des Berichtsjahres wurden 124 Veranlassungen abgehalten, davon entfielen 40 auf die Reichstagswahlbewegung, Parteiveranstaltungen 5, öffentliche (Volks-)Versammlungen 31, Vereinsversammlungen 39. Die Reichstagswahlauflagen beliefen sich auf 6890,51 M., die der Kreis aus eigenen Mitteln deckte. — Die Sozialdemokratie war und ist auch im 18. Kreise noch lebhaft im Schwünge. Die Antihauptmannschaft Joidau ist dabei nach dem bei uns üblichen beherrschenden „disziplinären Ermessen“. An Strafmännern und Strafentzügen wegen Vergehens gegen die Verordnungen dieser meistigen aller Behörden mangelte es nicht, ganz abgesehen von den Prozeßfällen, mit denen die Redakteure am Parteiorgan auch im vergangenen Jahre reich „gegnert“ waren. Das neue Jahr hat sich in dieser Beziehung ebenfalls sehr vielversprechend angefallen. Für diesen Herbst plant die Partei in Verbindung mit den Gewerkschaftskartellen die Einrichtung von Bildungsvereinen. — Um internationalen Kongress in Stuttgart wurde Genosse Rob. Müller-Joidau, zum Parteitag in Essen Genosse Otto Scherf, Weiden und zur Landeskonferenz die Genossen Reisel, Grimmitzsch und Bruno Seyfarth-Kling delegiert. — Das Agitationskomitee bilden die Genossen Rob. Müller, H. Schmidt und G. Graupe. — Die Kreisparteileitung wurde mit der Einleitung einer umfassenden Agitation für die politische Organisation der Frauen beauftragt, wie denn überhaupt der Erweiterung der Parteigruppen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

Die sächsischen Staatsbahnen im Jahre 1906.

Aus dem in diesen Tagen veröffentlichten statistischen Bericht über den Betrieb der unter der Verwaltung der Staatsregierung stehenden Staats- und Privatbahnen entnehmen wir folgende interessante Daten: Am Ende des Jahres 1906 betrug die Betriebslänge unserer sächsischen Eisenbahnen 8248,13 Kilometer gegen 8185,81 Kilometer im Jahre 1905. Der Zuwachs beträgt somit 62,32 Kilometer und ist in der Errichtung der Bahnhöfe Reibitz—Kohren, Berthelsradibor, Godes-Tann, Engelsdorf—Leipzig-Stätteritz, Engelsdorf—Schönefeld, Engelsdorf—Vaurndorf-Stütz und Königswalde—Ansbarg i. G. sowie der durch Kauf in Staatsbesitz übergebenen Linien Jitau—Orbin und Jonsdorf—Verstorf zu suchen. Die Gesamtkilometerzahl verteilt sich auf 948,66 Kilometer auf zwei- und mehrgleisige Hauptbahnen, 598,78 Kilometer auf eingleisige Hauptbahnen, 968,26 Kilometer auf eingleisige Nebenbahnen und 442,58 Kilometer auf Schmalspurbahnen. Außerdem ist der sächsische Staat noch im Besitze von 21 Kilometern elektrischer Straßenbahnen. Es sind dies die von Dresden bis Staditz nach Kötzschenbroda, Cossebaude und nach dem Wahrenschen Grunde gebauenen Straßenbahnlinien. Ferner haben 56,98 Kilometer Privatbahnen unter sächsischer Staatsverwaltung. Im eigenen Besitze haben die sächsischen Staatsbahnen 182, an fremde Bahnen 51 Anschlußpunkte. Im Bereiche des sächsischen Staatsbahnnetzes befinden sich 892 Betriebsstellen. Am Schlusse vorigen Jahres waren 1293 Vollspurlokomotiven und 98 Schmalspurlokomotiven vorhanden. Von diesen besaßen 2 ein Alter von 50 Jahren, 1 von 49, 2 von 48, 8 von 47 Jahren usw. In diesen Maschinen gab es 941 Tender. Triebwagen besitzt die sächsische Staatsbahn 8 Stück, Personenzüge 3349 Stück, eingleisig 368 Stück für Schmalspurbahnen. In den Personenzügen konnten 172 450 Personen Platz finden, und zwar in der ersten Klasse 8885, in der zweiten Klasse 24 830, in der dritten Klasse 107 421 und in der vierten Klasse 37 085 Personen. Gepäck- und Güterwagen hatte die Staatsbahn 82 214 Stück zur Verfügung. Die Anschaffungskosten für alle diese Fahrzeuge betragen rund 170 1/2 Mill. Mark, und zwar für Lokomotiven nahezu 71 Millionen Mark, für Triebwagen 90 000 M., für Personenzüge 88 1/2 Millionen Mark und für Gepäck- und Güterwagen 86 Millionen Mark. Für Lokomotivheizung wurden im vergangenen Jahre 80 Millionen Mark verausgabt; Schmier- und Düpmaterial, Beleuchtung, Erhaltung der Wagen erforderte eine Ausgabe von rund 860 000 M. 11 Millionen Mark waren erforderlich für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und der maschinellen Anlagen, 5 1/2 Millionen Mark für Unterhaltung usw. der Lokomotiven, 1 1/2 Millionen Mark für Unterhaltung usw. der Personenzüge und über 3 Millionen Mark für Unterhaltung usw. der Güterwagen.

Im verfloßenen Jahre wurden 1 050 061 Rüge befördert, davon 935 770 auf Vollspurlinien und 111 291 auf Schmalspurlinien. Die durchschnittliche Stärke eines Zuges betrug 88 Wagen. Die Lokomotiven leisteten insgesamt 52 114 238 Kilometer, eine Lokomotive sonach 37 479 Kilometer. Die Personenzüge leisteten an Kilometern 346 1/2 Millionen, die Gepäckwagen 75 1/2 Millionen, die Güterwagen 816 Millionen und die Postwagen 20 1/2 Millionen.

Über den Personenverkehr ist folgendes zu bemerken: Im Jahre 1906 wurden 81 145 826 Reisende (gegen 76 202 799 im Jahre 1905) befördert. Die Einnahme aus dem Personenverkehre betrug 47 528 403,23 M. (44 502 351,13 M. im Jahre 1905). Die erste Wagenklasse wurde von 180 871 Reisenden, die zweite von 5 253 850, die dritte von 49 492 098 und die vierte Wagenklasse von 25 150 774 Reisenden benutzt. (Mit der Aufhebung der Rückfahrkarten wird sich dieses Verhältnis wohl ganz bedeutend umändern der letzten Klasse verdrängen. Die Neb.) Es wurden ungefähr 23 Mill. einfache Fahrkarten, 18 1/2 Mill. Rückfahrkarten, 142 772 Stück zusammenstellbare und 36 456 feste Rundreisekarte verkauft. Der Verkehre aus der dritten Wagenklasse erbrachte eine Einnahme von

20 1/2 Millionen Mark, aus der vierten Wagenklasse 8 1/2 Millionen Mark, aus der zweiten Wagenklasse 7 1/2 Millionen Mark und aus der ersten Wagenklasse etwas über 1 Million Mark. Über 125 Millionen Kilogramm Viehgepäck wurden befördert, wovon für 85 Millionen Kilogramm Fracht bezahlt wurde. Diese betrug 1 485 802,10 M. (im Jahre 1905 1 368 249,41 M.). Zu den Einnahmen aus dem Personenverkehre kommen noch die Ergebnisse aus dem Viehgepäckverkehre von 49 481 028,33 M. Im Durchschnitt wurden auf 1 Kilometer Bahnlänge 25 962 (24 680) Personen befördert. Zusammenstellbare Fahrkarteinhalte wurden 44 898 Stück mit 465 126 einzelnen Fahrkarten verkauft. Die Einnahme hieraus ergab 2 273 745 M. (2 204 005 M.). Die Einnahme der sächsischen Staatsbahnen betragen über 1 1/2 Millionen Mark. 42 008 Hefte Loketten auf Entfernungen von 601 bis 3000 Kilometer, 2081 auf solche von 3001 bis 6000 Kilometer, 149 auf solche über 6000 Kilometer und 65 auf solche von 6000 Kilometer.

Der Güterverkehr ist auch im verfloßenen Jahre wiederum gestiegen. Befördert wurden 31 189 908 Tonnen (im Vorjahre 29 375 068 Tonnen). Hiervon entfielen allein auf den Binnenverkehr rund 18 400 000 Tonnen. Die Einnahme aus dem Güterverkehre betrug 88 048 070,55 M. (81 882 154,61 M.). Der Güterverkehr erbrachte bei einer Beförderung von 14 829 Pferden, 107 818 Stück Großvieh und 190 855 Stück Kleinvieh eine Einnahme von rund 1 1/2 Millionen Mark. Einen Hauptbestandteil im Güterverkehre bildet der Kohlenverkehr. Insgesamt wurden 12 509 255 Tonnen Kohle befördert, das sind gegen das Jahr 1905 847 348 Tonnen oder 2,48 Prozent mehr. Auf Steinkohlen entfielen 5 049 389 Tonnen = 40,08 Prozent und auf Braunkohlen 7 549 917 Tonnen = 59,92 Prozent; unter diesen sind 2 025 295 Tonnen Dreifels. Über 10 Millionen Tonnen verblieben innerhalb Sachsens, 2 1/2 Mill. Tonnen gingen in das Ausland. In den sächsischen Kohlenverkehre (Joidau, Lugau, Oelsnitz und Dresden) wurden insgesamt 4 812 908 Tonnen gefördert und davon rund 81 Prozent mit der Eisenbahn abgefahren.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In Grimmitzsch anhängte sich ein junger Mann im Hölzchen wegen Krankheit. — In Olschitz hat ein 74 Jahre alter Privatmann seinem Leben dadurch ein Ende gemacht, daß er sich mit dem Hals auf eine über den Boden gespannte dünne Schnur legte, und sich so durch sein eigenes Gewicht erdrosselte. Man nimmt an, daß er durch seine Schmerzen — er soll an Magenkrebs gelitten haben — zu seinem verwerflichen Entschlusse getrieben wurde. — An der Brücke der Teufelsmühle bei Gleisberg wurde der Leichnam eines unbekanntes Mannes aus der Mulde gezogen. Der Verstorbene war etwa 35 Jahre alt und scheint dem Arbeiterstande anzugehören. — In Joidau erkrankte sich am Montag infolge von Schwermut der 55 Jahre alte Fabrikarbeiter J. — Unterhalb des Mühlensieges brang ein in den mittleren Jahren stehender unbekanntes Mann in die Mulde und fand den geliebten Tod. — Die Leiche des in vergangener Woche in der Mulde beim Spielen ertrunkenen Knaben Opitz wurde am Montag geborgen. — Ein 13jähriger Junge, der sich am Sonnabend in Chemnitz durch große Geldausgaben verdrückt machte, wurde von einem Schuttmann angehalten und, da er anach, aus Glauchau zu stammen, dorthin gebracht. Als er aber keinen Eltern zugesucht werden sollte, wollte er in Joidau wohnen. Auf eine Anfrage in Joidau teilte die dortige Polizei die Wohnung und den richtigen Namen des Jungen mit. Das Dürschchen hatte, wie schon mehrere Male, seiner Mutter 20 M. anvertraut, worauf nach Glauchau gelaufen und von dort nach Chemnitz gefahren. Er wurde seinen Eltern wieder übergeben. — Ein mit zwei Dresdener Herren bemannter Fußballer landete am Sonntag abend glücklich in Weiden in Böhmen. Er war nachmittags gegen 6 Uhr in Seibitzendorf aufgestiegen. Die Herren waren die Aufsichtshüter Weder und Dammel. Der Ballon, der eine Höhe von 2600 Metern erreichte, wurde mittels Wagen nach Grottau gebracht, von wo aus die Fahrt mit der Bahn in die Heimat erfolgte. — In Freuzsch war der Dienstreife Müllweg, als er die Wiede auf dem Felde ausgehoben hatte, zu Fall gekommen, wobei sich eine Leine um seinen Fuß schlang. Bevor er sich befreien konnte, wurde er von den davontretenden Pferden getödtet. Bis zur Unkenntlichkeit entleert, hob man den Verletzten auf. — In Wilsen St. Jakob wurde ein Raubmord an einer 23jährigen Fabrikarbeiterin auf der Staatsstraße nach Wilsen verübt. Ein unbekanntes in den 20er Jahren stehender Mann faßte sie am Arm und verlangte ihr mit den Worten: „Geld oder Leben!“ ihr Geld ab. Er erhielt auch 50 Pf. Der Fremde hat dann das Geld geflücht, während ein anderer im Straßenraben gelegen haben soll. — Gestern abend gegen 6 Uhr ging ein furchtbares Hagelwetter über Sebnitz und Umgegend nieder und vermischt mit Regen und Hagel. Tausende von Fensterscheiben sind zertrümmert. Die Hagelkörner hatten zum Teil die Größe eines Hühnerauges und einen Durchmesser von 5 Zentimeter. — Bei dem Radrennen am Sonntag auf dem Sportplatz in Leipzig kam der Hamburger Thom Suden im ersten Lauf des kleinen Sommerpreises in der 17. Runde infolge Felgenbruchs zu Fall. Er jag sich eine schwere Gehirnerschütterung zu und wurde bewußlos von Blage getragen. — An einem Gummitüchchen erstickt in Johannisberg ein 7-jähriges Hühnerkind, dem im Bett liegen das Hühner mit dem Kopf in den Hals gerammt war. Trotz aller Rettungsversuche mußte das Kind sterben.

Stadt-Chronik.

Sittlichkeitsverbrechen an Kindern.

Darüber schreibt in einer juristischen Zeitschrift der Dresdener Staatsanwalt Dr. Wulffen folgendes: Welches sind die Ursachen der so zahlreichen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern? Gerade in diesem so überaus wichtigen Punkte herrscht große Unklarheit in weiteren Kreisen. Man liest und hört von den vielen Sittlichkeitsverbrechen, man verdammt und verabscheut sie, aber man macht sich nicht klar, weshalb der Sittlichkeitsverbrechen so viele sind. Aber erst wenn man die Entstehungsfaktoren eines Verbrechens kennt, kann man ihm vorbeugen. Und Verbrechen zu verhüten, das betone ich immer wieder, macht selbiger — auch den Staat und seinen Anwalt — als Verbrechen zu bestrafen. In diesem wichtigen Punkte erblicke ich auch die Mitarbeit der Presse. Wir wollen die Entstehungsfaktoren der Kinderschändung in dezenter Form, aber klar verständlich vor der Öffentlichkeit feststellen. Dann erst werden wir den richtigen Standpunkt für die Beurteilung der Eigenart dieses Verbrechens gewinnen. Alles Menschliche, werden wir erstens, ist menschlich erklärlich. Alle unsere statistischen Unterlagen bieten das übereinstimmende Ergebnis, daß, wie die allgemeine Kriminalität, so auch das Sittlichkeitsverbrechen am meisten in den unteren Volksschichten auftritt. Weil sie tiefer im Lebenskampfe stehen, verfallen sie leichter der Versuchung, ein Verbrechen gegen das Vermögen zu begehen; weil ihr geschlechtliches Schamgefühl weniger gefestigt ist und weniger geschont wird, sind sie weniger widerstandsfähig. Das geschlechtliche Schamgefühl ist ein Produkt der angeborenen Veranlagung und der Erziehung. Man muß von vornherein im allgemeinen darauf verzichten, in den unteren Volksschichten ein Schamgefühl zu suchen, wie es — wieder im allgemeinen — in den wirtschaftlich besser gestellten Kreisen vorhanden ist. Wo die Eltern mit ihren Kindern oder diese mit dem „Logisemann“ in einem Raume, wo Bruder und Schwester vielleicht gar in einem Bett schlafen

Der Octopus
Das Ende des Weltens
Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Morris

Manmer durchquerte den Garten und verweilte einen Augenblick bei den Rosen auf dem Grabe Knappes zu sitzen. Dann schritt er nach dem Bierkannen hin; in ihrem tiefen Schatten ordnet er das Glas auf die Tische, lehnt er seine Arme über das kleine Tafel am Fuße des Kirschbaums und wuschelt.

Die Rinde kamen und gingen. Erster wurde das Oberhaupt, während die Luft. Heppiger klangen die Blumen. Über die fünfzehnter Alter der Blumenjam war ein hübscher vierhundert Toppig gebrüht.

Die Rinde kamen und gingen. Erster wurde das Oberhaupt, während die Luft. Heppiger klangen die Blumen. Über die fünfzehnter Alter der Blumenjam war ein hübscher vierhundert Toppig gebrüht.

Die Rinde kamen und gingen. Erster wurde das Oberhaupt, während die Luft. Heppiger klangen die Blumen. Über die fünfzehnter Alter der Blumenjam war ein hübscher vierhundert Toppig gebrüht.

Umfchau

Der neue Samet. Ein von vielen Frauen, die durch den Fortschritt in der gewerblichen Welt...

Kunst

Die moderne Kunst in Schweden. Seit einigen Generationen haben wir die modernsten Künstler...

Wasserfeste

Der Glanz des Wandens auf dem Wasser. Die Wasserfeste sind ein sehr interessantes Schauspiel...

Die Rinde kamen und gingen. Erster wurde das Oberhaupt, während die Luft. Heppiger klangen die Blumen. Über die fünfzehnter Alter der Blumenjam war ein hübscher vierhundert Toppig gebrüht.

Umfchau

Der neue Samet. Ein von vielen Frauen, die durch den Fortschritt in der gewerblichen Welt...

Kunst

Die moderne Kunst in Schweden. Seit einigen Generationen haben wir die modernsten Künstler...

Wasserfeste

Der Glanz des Wandens auf dem Wasser. Die Wasserfeste sind ein sehr interessantes Schauspiel...

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Beitung.

Nr. 181.

Dresden, Mittwoch den 7. August 1907.

18. Jahrgang.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Rache der „Sieger“.

Mein Betrieb soll ein Hort der Freiheit, keine Zwangsburg sein! So soll der verstorbenen Gründer der Firma Seidel u. Naumann bei der Einweihung des Betriebes an der Hamburger Straße, in dem die Arbeiter die Gründer und Aktionäre zu schmerzlichen Zeiten gemacht haben, erklärt haben. Er würde sich sicher im Grabe umdrehen, wenn er die Zustände sehe, die heute in dem von ihm so lange ohne große Konflikte geführten Betriebe herrschen. Die erbärmlichste Demagogie und Intrigiererei ist jetzt nach dem „Siege“ der Firma dort eingezogen. Niemand traut seinen Kollegen die Errichtung dieses Schreckensregiments ermöglichten, trauen sich in unerschämtester Weise als die Gängelung der Meister und Direktion auf und suchen sich durch Angeberei in erbärmlichster Weise bei den Vorgesetzten anzuhebeln. Dabei erstreckt sich diese Spionage nicht nur auf den Betrieb, nein, auch was die Arbeiter außerhalb des Betriebes tun und lassen, alles wird beobachtet und eventl. gellastet. Hiernach, ein trauriges Beispiel dafür, wie tief ein Arbeiter sinken kann, wenn er nicht mehr der moralischen Wirkung der modernen Arbeiterbewegung untersteht und die von den Unternehmern gelieferte gelbe Presse seine „geistige“ Nahrung bildet, die ihn zu solchen Gemeinheiten und Intrigen gegen Klassenbewusste Arbeiter noch ermutigt und jedes Selbstbewußtsein mit den Klassenfeinden, jedes Gefühl für Menschenwürde in ihm erstickt.

Ein geradezu beschämendes Beispiel für solche elende Demagogie von Arbeitern gegen Arbeiter wird uns jetzt mitgeteilt.

Ein Arbeiter, der vor ca. 4 Wochen, also nach der Beendigung des Streiks, in dem Betriebe in Arbeit getreten war, trat am Sonntag vor acht Tagen in Gotta seine Pflicht als organisierter Arbeiter gemäß den Flugblättern wegen des neuen Wahlrechtes mit aus. Am vorigen Donnerstag wurde ihm von seinem Meister Gehauer mitgeteilt, daß er sofort aufhören müsse. Er sei angezeigt worden bei der Direktion, daß er sozialdemokratische Flugblätter ausgeteilt habe. Der Direktor Ehrlicher habe seine sofortige Entlassung verfügt. Der Gemeindegeld ging nunmehr zu dem Gewannanten, um sich die Befähigung dieses ungebührlichen Grundes für seine Entlassung zu holen. Auf sein Ersuchen, ihm zu sagen, wer ihn gesehen haben sollte beim Flugblatttragen, wurde ihm die ebenso jämmerliche wie bezügelnde Antwort: „Er sei von acht Arbeitern angezeigt worden, daß er sozialdemokratische Flugblätter ausgeteilt habe. Früher seien die organisierten Arbeiter auf „leine Leute“ losgelassen worden; sie dürfen sich auch nicht mehr gefassten! Er sei überhaupt verdächtig!“ Der Arbeiter mußte aufhören.

Was tun über solche anderen Demagogien? Was tun über die anderen Industriellen zu dieser Annäherung und Jagdgesellschaft, sich auch darüber ein Richteramt anzumachen, was die Arbeiter außerhalb des Betriebes angehen? Muß das nicht ein ungeheures Maß von Verhöhnung in den Kreisen der Arbeiter schaffen! Herr Ehrlicher möchte aus seinen Arbeitern dem Kapital und der wahllosen Reaktion blinde ergebene Handlanger schaffen. Deshalb die Bekämpfung der gelben Zeitung, deshalb die Protektion der gelben Organisation, deshalb die mühsame Verfolgung jedes auf sein freies Selbstbestimmungsrecht haltenden Arbeiters. Er möchte die Arbeiter zu Vögeln degradieren. Möge man sich wohl vorstellen, daß nicht der Hagen prägnant. Es sind schon andre Scharfmacher zur Reife gebracht worden als Ehrlicher!

Inland.

Die Lohnbewegungen des Verbandes der Zimmerer im 1. Halbjahr 1907.

Die Lohnbewegungen betragen in den 1. Halbjahren von 1905, 1906 und 1907: 227, 425 und 411 mit 21 360, 23 854 und 24 438 Mitgliedern, gleich 54,7, 51,8 und 46,2 Proz. Danach ist ein Rückgang in den Lohnbewegungen zu verzeichnen. Vermerkt wurden bis zum 30. Juni der drei Jahre: 131, 283 und 231 Lohnbewegungen mit 76 145, 13 948 und 12 542 Mitgliedern, gleich 75,5, 58,4 und 51,7 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Die 158 Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1907 mit 8806 beteiligten Verbandemitgliedern endeten durch Verhandlungen, 14 mit 2865 Mitgliedern durch erfolgreiche Streiks, 14 mit 531 Mitgliedern erfolglos. Bei vier Lohnbewegungen wurden die Forderungen zurückgegeben. Pro Kopf der Beteiligten betrug der erlangene Stundenlohn 1906: 8,88, aber 1907: 8,84 Fl. Im ersten Halbjahr 1906 wurden für 2430, aber 1907 für 1303 Mitglieder die Arbeitszeit verkürzt. Im Halbjahr 1907 wurden durch Tarifvertrag für 114 Zahlstellen mit 8445 Mitgliedern die Arbeitsbedingungen festgelegt, gegen 12 698 im Jahre 1906. Die Arbeitszeit betrug 1907: 232 148 St. Streikunterstützung gegen 152 445 St. im Halbjahr 1906 und 98 750 St. im Jahre 1905. Ein Beweis dafür, daß mit den wachsenden Unternehmerorganisationen die Absichtungen gegen die Gewerkschaften immer größer werden. Eine ernste Mahnung für die Arbeiterklasse.

Hirsch-Dunker'sche Rückschritte.

Der Vorstand des Maschinenbau- und Metallarbeiter, dessen Führer zu den strapalosesten Verdrängern der freien Gewerkschaften und der Deutschen Metallarbeiterverbände im besonderen gehören, hat seit Jahresfrist den Rückgang. Ende Juni 1906 zählte er nach den Angaben die sein Generalrat dem Statistischen Bureau für das Reichsarbeitsblatt machte, 52 063 Mitglieder, Ende Juni 1907 dagegen nach derselben Quelle nur 43 141. Das ist ein Verlust von 8 922 Mitgliedern innerhalb eines Jahres. Im ersten Quartal 1907 war der Rückgang 3000, im zweiten Quartal 2000 Mitglieder. An diesem Verein rückt sich die uneheliche Taktik, die er seit dem letzten Jahre und seitdem fortgesetzt bei allen dort Teilnehmenden Metallarbeiterverbänden geleiteten Lohnbewegungen zum Vorschein hat, und zum Vorteil der Unternehmer propagiert hat.

Zur schlesischen Bergarbeiterbewegung.

Eine Delegiertenversammlung der Bergleute aus dem Ruhrrevier ist für kommenden Sonntag nach Bochum einberufen, um die Frage der Unterbindung der ober-schlesischen Lohnbewegung zu besprechen. Breslau, 6. August. Die Arbeiterbewegung droht sich auch nach dem niederschlesischen Bergrevier auszubreiten. In Pöhlhammer trat gegen das Anwesenheitsgesetz und forderte eine Lohnverhöhung von 50 Pf. pro Schicht, Tarifunterstützung für sämtliche Arbeiterkategorien und Verkürzung des Arbeitslags um 3 St. pro Woche. Die Delegiertenversammlung des Arbeitslags hat bereits ihre Forderung an die Berg-

Königsbütte, 6. August. Heute wurden sechs Arbeiter verhaftet, die mit Gewalt Arbeitswille von der Arbeit abhielten.

Der Bauarbeiterstreik in Chemnitz, der seit dem 23. Mai währt, wurde gestern in drei großen Versammlungen unter den schon gestern mitgeteilten Bedingungen für beendet erklärt.

Parteiangelegenheiten.

Zum Parteitag in Offen.

Im Anschluß an den Aufruf des Parteivorstandes erlaubt die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands in der Gleichheit folgende Aufforderung an die Parteigenossinnen:

Genossinnen!

Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch eure Aufgaben. Der Behandlung der Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitages stehen, kommt eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierinnen zu. Als besonders wichtig für die Genossinnen sei hervorgehoben der Bericht über den Internationalen Kongress, auf dem die Erörterungen über das Frauenwahlrecht von großer Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung sein werden. Auch die Punkte Parteitag und Bildungsausschuß, Reisezeit, Alkoholfrage sind geeignet, den Genossinnen eine Fülle von Anregungen für ihre Arbeit zu bieten. Die Zahl der weiblichen Delegierten in Offen sollte im Verhältnis zu der fortschreitenden kräftigen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung stehen, im Verhältnis zu der steigenden Mitarbeit der Genossinnen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit. Mögen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkten unserer Bewegung dafür sorgen, daß dem Parteitag als Delegierte auch Frauen benommen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es möglich ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszuüben, in öffentlicher Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die erfolgreiche Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzutheilen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otilie Baader

Vertrauensperson der sozialdemokr. Frauen Deutschlands
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Zum internationalen Kongress.

Am Sonnabend den 17. August, vormittags 9 Uhr, findet im Konzertsaal des Viedergasse in Stuttgart eine Sitzung der deutschen Delegation statt. Die Sitzung hat eine wichtige Tagesordnung. Es ist deshalb nötig, daß die Delegierten der Partei und der Gewerkschaften am Sonnabend früh bereits in Stuttgart pünktlich zur Stelle sind. — Die Parteiblätter werden um Nachdruck gebeten.

Zur internationalen Frauenkonferenz in Stuttgart sind bereits Genossinnen aus Ungarn, Frankreich, Schweden, Böhmen und England angemeldet.

Ein alter Kampfgefährte.

Zittau. Uns wird die Trauerbotschaft, daß am vorigen Freitag nach kurzem Krankenlager unser Parteiveteran Genosse Johann Hempel in Waltersdorf gestorben ist. Mit ihm ist einer der letzten zur Ruhe gegangen, die hauptsächlich während des Sozialistengesetzes der Partei treue und opferreiche Dienste geleistet haben. Wer unsere nunmehr verstorbenen Genossen Hempel näher kannte, weiß, was er für die Oberlausitzer Arbeiterbewegung war. Von Beruf Schuhmacher, gehörte er im 60. Lebensjahre lebende Verhältnisse, 30 Jahre ohne Unterbrechung als sozialdemokratischer Vertreter dem Waltersdorfer Gemeinderat an. Von Reich und Fernd, ob seines ruhigen, sachlichen Auftretens geachtet, war er bis zu seinem Tode ein überzeugter, eifriger Anhänger unserer Partei. Auch durch seine Betätigung in der freiwilligen Bewegung hat er sich einen weiten Fremdenkreis erworben. — Möge dem nunmehr Verstorbenen die Erde leicht sein. Die Oberlausitzer Arbeiterbewegung wird ihrem Johann Hempel ein ehrendes Andenken bewahren.

S. Ein alter Partei-Veteran, der Genosse Krambrücker, Schuhmachermesser in Augsburg, ist am Sonntag dort von den Augsburger Parteigenossen zu Grabe getragen worden. Krambrücker hat fast ein Menschenalter der Partei gedient. Als überzeugter Sozialdemokrat hat er auch, ohne Rücksicht auf Verleumdungen, während des Schandengesetzes gegen die Sozialdemokratie wacker und unerschrocken seinen Mann gestellt.

Gegen den Alkohol. In der Parteiverammlung des 5. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises wurde folgender Antrag zum Parteitag in Offen angenommen: „1. Die heute tagende 4. Generalversammlung des 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreises erwartet vom diesjährigen Parteitag in Offen eine scharfe Stellungnahme gegen den Feindwahn, die Trinkfesseln und Trinkgenossenschaften und eine Befestigung der alkoholgenossenschaftlichen Beziehungen in der modernen organisierten Arbeiterklasse. 2. Die Genossen erwarten, daß zum Punkt 7 der Tagesordnung „Die Alkoholfrage“ ein Korreferat bestellt wird.“

Neues aus aller Welt.

Cetinje, 6. August. Heute nachmittags wurde hier ein kurzes hartes Erdbeben verspürt.

London, 6. August. Aus Kingston wird heute gemeldet, daß ein heftiges Erdbeben in Port Antonio, im nördlichen Jamaica, große Panik unter der Einwohnerchaft hervorrief. Verluste an Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.

Berlin, 6. August. Heute vormittags überfuhr am Wittenbergplatz ein Geschäftsaufzug eine alte Frau, die den Platz überqueren wollte, und das Signal des Wagensführers aufsehend nicht vernommen hatte. Der Wagen fuhr über den Kopf der Frau, die auf der Stelle tot war. Der Name der Verunglückten konnte bisher nicht ermittelt werden.

Hermannstadt, 6. August. Ein Notizwagen der Straßenbahn Stronach-Heugastal fuhr mit einer Lokomotive der Staatsbahn zusammen. Der Notizwagen wurde zertrümmert, mehrere Passagiere schwer verletzt.

Angers, 6. August. Gestern fand die Beisetzungsfeier der ersten Opfer der Eisenbahnkatastrophe statt. Der Feiertag wurde der Beisetzungsfeier gewidmet. Der Feiertag ist nach Paris zurückgeführt. Zwei neue Leichen, die eines 17-jährigen Mädchens und die eines Knaben, sind aufgefunden worden.

Guxhagen, 6. August. Im ganzen Gebiet der Unterelbe sind schwere Gewitter und Regen niedergegangen. Mehrere Gehöfte sind niedergebrennt. Auf Feldern wurde durch Sturm und Regengüsse viel Schaden angerichtet.

Schwerin, 6. August. Schwere Gewitter, begleitet von orkanartigem Sturm, heftigen Regengüssen und heftigem Hagelschlag, zogen über das südliche Mecklenburg und richteten enormen Schaden an. Der Hagel jäherte, soweit bisher bekannt, in über 30 Orten. Zahlreiches Vieh ist mitverbrannt. Die Ernte ist stellenweise vernichtet.

Hamburg, 6. August. In der Umgegend von Hamburg wurden nach den bisher eingegangenen Meldungen dreizehn Gehöfte durch Blitzschlag eingestürzt und vier Personen vom Blitz erschlagen.

Oberburg, 6. August. Gestern abend fand in dem sogenannten Wäferschloß eine Explosion statt, wodurch mehrere Arbeiter schwer verletzt wurden.

Hiel, 6. August. Das Motorboot Liptop wurde bei Homacht steuerlos treibend gefloht. Ein Rettungsboot und ein Bergungs-dampfer fuhr zur Hilfeleistung aus und kehrten zurück, ohne das Boot, worauf sich sieben Personen befanden, gefunden zu haben.

Bernau, 6. August. Heute stürzte ein deutscher Tourist, der aufschwebend ohne Führer war, vom Ratterhorn ab und starb. Eine Führerkolonne zur Bergung der Leiche ist abgegangen.

Innsbruck, 6. August. Von der Eisetteispeise in den subitoler Dolomitalpen stürzte ein Student ab und starb infolge der erlittenen Verletzungen.

Berchtesgaden, 6. August. Bei einer Bergtour in das Freisinger Gebiet stürzte der Schuhmachergehilfe Felatowicz über ein Schneefeld ab und erlitt schwere Verletzungen.

Halle a. S., 6. August. Beim Feldartillerieregiment Nr. 75 erkrankten 40 Mann in einer Nacht unter rätselhaften Erscheinungen. Lebensgefahr besteht nicht.

Berlin, 6. August. Heute gegen 10 Uhr vormittags wurde an der Kleinen Stralauerstraße die arg verhämmerte Leiche eines Mannes aus der Spree gezogen. Ein Knabe, der auf der Batenbrücke einem Angler zusah, hatte den Körper im Wasser liegen sehen, und einen Schuttmann herbeigeholt. Der Kopf des Ertrunkenen hing nur noch lose an dem Körper, der rechte Arm war vollständig abgetrennt. Die Leiche wurde nach dem Schutthaus gebracht. Die Identität des Ertrunkenen ist noch nicht festgestellt, ebenso wenig ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt.

Hannover, 6. August. In einem hiesigen Seifengeschäft wurde heute abend die Verkäuferin von einem jungen Manne überfallen und gewürgt, so daß sie bewußtlos zusammenbrach. Der Täter raubte die Baretasche, die etwa 160 M. enthielt, und entkam. Das Mädchen ist gestorben.

Marsfeld, 6. August. Hier wurde ein Mann und eine Frau verhaftet, die aus Monte Carlo kamen, und in deren Besitz ein Koffer gefunden wurde, in welchem sich die in Verwesung übergegangene Leiche einer zerstückelten Frau befand.

Neuhof, 6. August. Auf dem Broadway, der Hauptverkehrsstraße in Neuhof, wurde gestern eine 19-jährige Erbin, Mik Mac Kullon, von fünf Männern in einem Automobil entführt.

Der Fall Hau. Aus Karlsruhe wird dem V. L. geschrieben: Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, daß dem Fall Hau eine neue Wendung durch ein Eingreifen des Oberstaatsanwalts gegeben worden sei, ist nicht richtig. Der Oberstaatsanwalt hat weder ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, noch sonstige Schritte im Fall Hau unternommen, die auf eine Wendung schließen ließen. Die Staatsanwaltschaft wartet vorläufig die Entscheidung des Reichsgerichts über die vom Verteidiger Hau eingeleitete Revision ab. Erst wenn diese Entscheidung gefallen ist, das Urteil entweder rechtskräftig wird oder der Prozeß vor ein neues Schwurgericht verweisen ist, wird die Staatsanwaltschaft weitere Schritte tun. Im ersteren Falle aber auch nur dann, wenn auf Grund neuer gewichtiger Momente die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt wird.

Mannheim, 6. August. Der im Hauptprozeß genannte Herr mit dem genauem Vornamen wurde von der Verteidigung aufgefunden. Es ist der Freiher v. Lindenau aus Karlsruhe. Er beiläufige Hausbesitzer der Anzahl seines an der Verteidigung gerichteten anonymen Briefes, wonach als Täter Hau unter keinen Umständen in Frage kommen konnte.

Die Anstift. Kunde zu Hissen, hat sich wieder einmal bei einer Frau in Hirschberg in Schlesien schwer gerächt. Seit etwa einem halben Jahre verführte sie einen zunehmenden Schmerz im Körper, bis sie sich an einen Arzt wandte, der ihr nach längerer Behandlung mitteilte, daß der Körper und sogar der Kopf hart mit Gunde-würmern durchsetzt sei. Nun liegt die Frau schwer krank danieder; es ist fraglich, ob sie jemals wieder genesen wird.

S. Wenn die Redaktionstaktiken erklären. Ein bürgerliches Blatt Oberfrankens bringt folgende Abonnenten-einladung:

Unsere Kartoffeln sind erproben. So köst man verschiedene Landwirte und andere Familienbesitzer jetzt Hagen, und auch uns ist dies leider ebenfalls passiert, doch hoffen wir den Nachbarn wieder ausgleichen zu können, besonders wenn für den Boden vom Wald kein immer neue Lesef gewonnen werden.

Da scheint das Redaktionshaus noch eingebracht worden zu sein. Hoffentlich tritt keine Selbstentzündung ein, damit neben den Kartoffeln nicht auch noch das Heu kaputt ist.

Briefkasten.

H. F. Postkuppelerstr. Ihr eingelangtes Manuskript ist nicht verwendbar. Es zeigt aber, daß Sie Talent zum Schreiben haben. Lassen Sie sich also durch den Mißerfolg dieser Erstlingsarbeit nicht entmutigen.

B. Dohna. Eingeladene Notiz nicht verwendbar. Wir sind prinzipielle Gegner der Jugberet. Auf einen dem Wert der Ware entsprechenden Preis ist Gewicht zu legen. Wenn die Kontingente Prozente gewähren, so für die Kapitalbeteiligung. Das ist eben der Vorteil des Genossenschaftswesens.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

